

Der Mauerbau

Vertiefung



Inhalt

Einführung

1. Dokumente der Stasi zu Fluchten aus der DDR nach 1961

- Befehl Mielkes gegen die „Organisierung des Menschenhandels“, 6.5.1964
- Eine vorgetäuschte Flucht, 27.9.1969

2. Dokumente über einen versuchten „Grenzdurchbruch“

- MfS-Information, 11.12.1979
- Maßnahmeplan der Stasi, 10.12.1979
- MfS-Vorkommnisuntersuchung, 17.12.1979

3. Dokumente über einen Angehörigen der Grenztruppen der DDR

- MfS-Information, 12.10.1984
- Abschlussbericht der Stasi zu dem Fall, 27.11.1984
- Abschlussvermerk der Stasi zu dem Fall, 22.11.1985

4. Gesetz über die Staatsgrenze der DDR, 1982

- Über die Anwendung von Schusswaffen

Einführung zu Mauerbau und Grenzsicherung der DDR

Am 13. August 1961 ließ die DDR-Führung die Grenzen der DDR und Ost-Berlins nach West-Berlin schließen. Die Absperrung verlief entlang der sowjetischen Sektorengrenze mitten durch Berlin und entlang der West-Berliner Stadtgrenze ins Brandenburger Umland. Der Codename des geheimen Unternehmens war „Rose“, zuständig für Geheimhaltung und Organisation der später führende Mann in der DDR Erich Honecker.

Für kurze Zeit durften West-Berliner, die sich besuchsweise in Ost-Berlin aufgehalten hatten, noch ausreisen. Ab dem 17. August aber wurde der Stacheldraht durch eine Mauer aus Hohlblocksteinen ersetzt und schließlich 28 Jahre lang beständig ausgebaut. Erst am 9. November 1989 verlor „die Mauer“ ihre Funktion, als DDR-Grenzoffiziere unter dem Druck Tausender DDR-Bürger Befehl gaben, die Grenzübergangsstellen zu öffnen.

Nach Recherchen der Stiftung Berliner Mauer starben allein in Berlin zwischen 1961 und 1989 mindestens 136 Menschen. Sie wurden bei einem Fluchtversuch erschossen oder verunglückten tödlich. Genaue Angaben, wie viele Menschen an der Grenze zwischen DDR und Bundesrepublik starben, liegen noch nicht vor. Die Stiftung schätzt ihre Anzahl auf 500 bis 600. Dennoch ließen sich sehr viele Menschen nicht davon abhalten, einen Fluchtversuch zu wagen.

Die DDR-Staatssicherheit sicherte den Mauerbau ab, sammelte danach Informationen über die Missstimmung in der Bevölkerung, unterband Proteste und Streiks gegen den Mauerbau und fasste dies in umfassenden Berichten an die SED-Führung zusammen. Teile der Grenzsicherung – vor allem sämtliche Grenzübergangsstellen – unterstanden der Kontrolle der Stasi, in der Hauptsache aber überwachte sie die Grenzsoldaten.

Die Dokumente der Arbeitsblätter zeigen vor allem, wie die Stasi nach dem Bau der Mauer versuchte, Fluchtversuche zu verhindern und zu vertuschen. Sie zeigen auch, dass ein Grenzsoldat für untauglich erklärt wurde, weil er ankündigte, im Ernstfall nicht auf Flüchtlinge zu schießen und die gesetzliche Regelung über die Anwendung der Schusswaffe an der Staatsgrenze der DDR von 1982.

Die Arbeitsblätter können in **Einzel- oder Partnerarbeit** erarbeitet, anschließend die Ergebnisse präsentiert oder in der gesamten Klasse diskutiert werden.

1. Dokumente der Stasi zu Fluchten aus der DDR nach 1961

Befehl Mielkes gegen die „Organisierung des Menschenhandels“, 6.5.1964

Ministerrat
Der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit
Der Minister
Berlin, den 6. Mai 1964
Vertrauliche Verschlusssache
Befehl Nr. 373/64

Der Gegner orientiert in zunehmendem Maße auf die Organisierung des Menschenhandels unter Missbrauch des Reise- und Touristenverkehrs zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem sozialistischen Ausland. Dabei wurde insbesondere der Missbrauch des Reiseverkehrs zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Volksrepubliken Bulgarien und Ungarn sowie der CSSR zur Organisierung des Menschenhandels durch den Gegner festgestellt.

Zur Organisierung einer wirksamen Abwehrarbeit auf diesem Gebiet und zur Zerschlagung aller feindlichen Absichten und Handlungen

befehle ich:

1. Die Hauptabteilung XX/5 ist für die sofortige und umsichtige Bearbeitung aller Hinweise verantwortlich, die mit der Organisierung des Menschenhandels und der Schleusung von Personen unter Missbrauch des Reise- und Touristenverkehrs [...] im Zusammenhang stehen.

Es sind geeignete und wirksame politisch-operative Maßnahmen zur Unterbindung aller Schleusungsversuche einzuleiten [...]

4. [...] jede Diensteinheit [hat] bereits vor dem Reiseantritt verdächtiger Personen geeignete operative Maßnahmen zur Verhinderung der Vorbereitung und Durchführung geplanter feindlicher Handlungen einzuleiten, wie z.B. die umfassende Aufklärung der verdächtigen Personen und, wenn die Reise durch andere Maßnahmen nicht verhindert werden kann, Schaffung inoffizieller Kontrollmöglichkeiten für die Dauer der Reise.

6. Die Leiter aller operativen Diensteinheiten haben zur wirksamen Bekämpfung dieser Methode des Menschenhandels alle Möglichkeiten der vorhandenen inoffiziellen Mitarbeiter voll zu nutzen und die Hauptabteilung XX/5 zu unterstützen.

[...]
Mielke
Generaloberst
f.d.R. Ramm
Oltm.

(Quelle: BStU, MfS, BdL/Dok Nr. 000887, Bl. 9001-9003)

Erläuterungen:

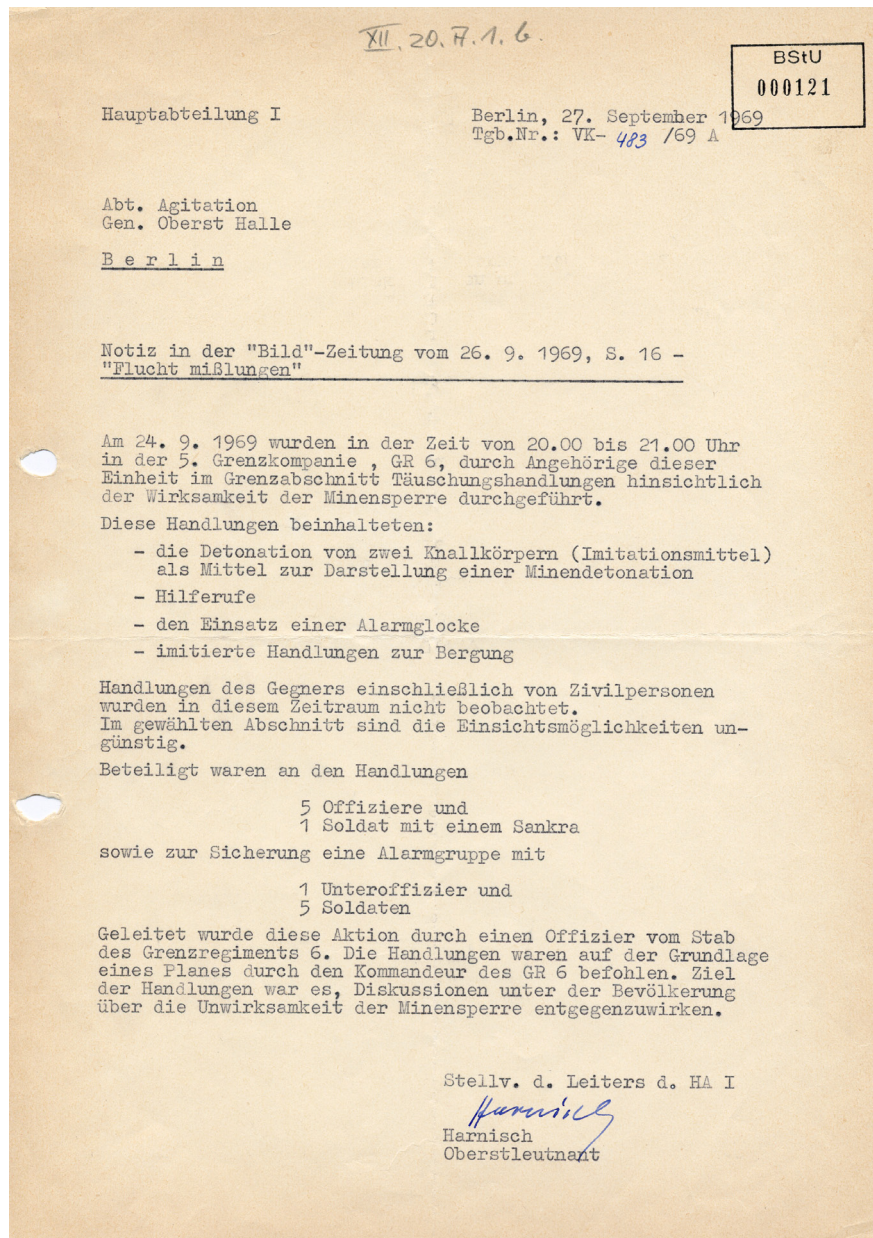
CSSR	Tschechoslowakei
f.d.R.	für die Richtigkeit, Bestätigung der korrekten Niederschrift
Hauptabteilung XX	Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), zuständig für die Kontrolle von Staatsapparat, Kultur, Kirche und Untergrund
Oltm.	Oberleutnant

Aufgabenteil

- Formulieren Sie mit eigenen Worten, welches angebliche Verbrechen hier im Mittelpunkt steht.
- Zeigen Sie die Methoden auf, mit deren Hilfe das MfS dagegen vorgehen will.
- Beurteilen Sie die Angemessenheit der Vorgehensweise.

1. Dokumente der Stasi zu Fluchten aus der DDR nach 1961

Eine vorgetäuschte Flucht, 27.9.1969



(Quelle: BStU, MfS, ZAIG Nr. 10707, Bl. 121)

Erläuterungen:

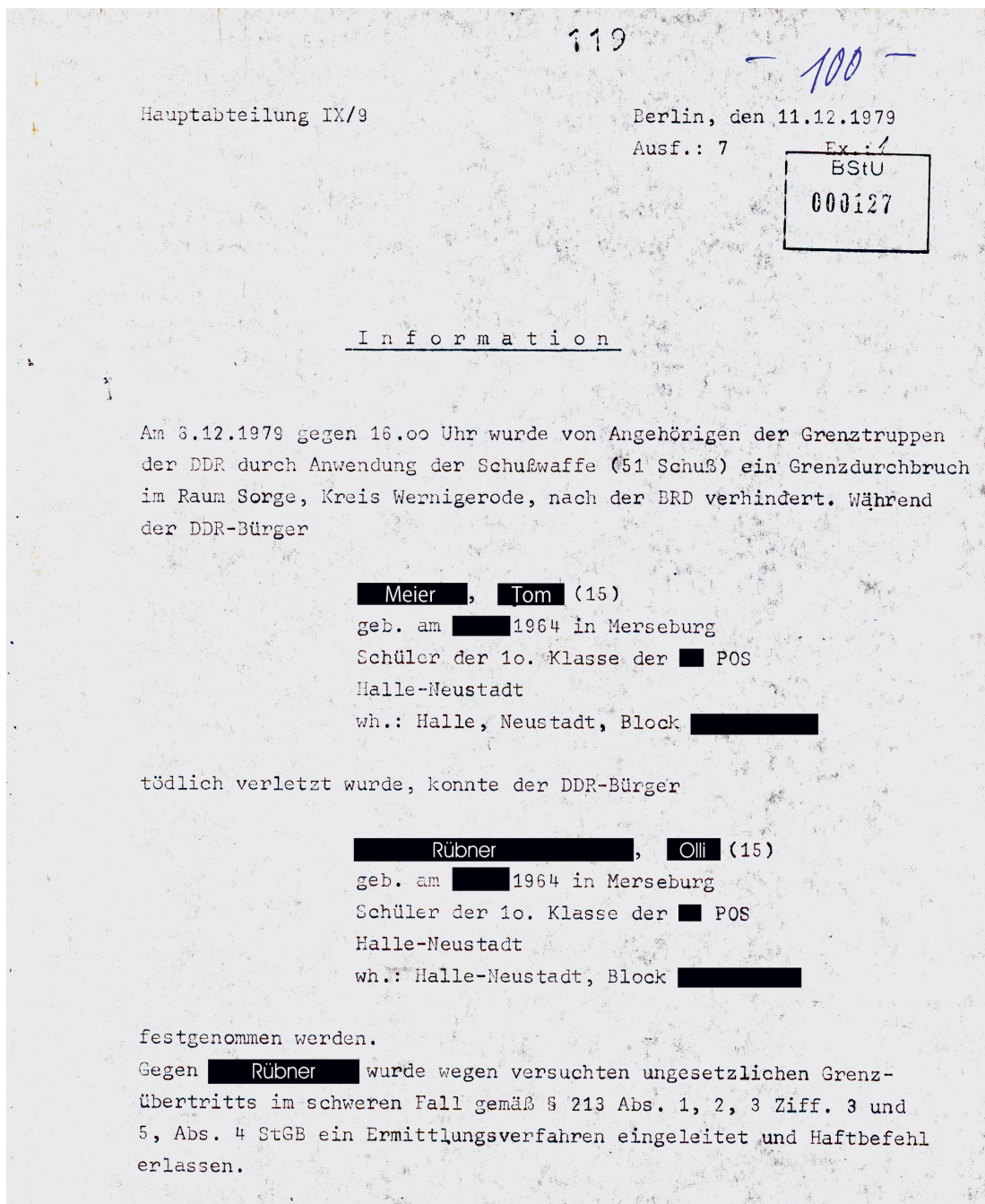
GR 6	Grenzregiment 6
Sankra	Sanitätskraftwagen
HA I	Hauptabteilung der Stasi, zuständig für Abwehrarbeit bei NVA (Armee) und Grenztruppen

Aufgabenteil

- Der Stasi-Oberstleutnant notiert in der „Betreff“-Zeile, dass die westdeutsche „Bild“-Zeitung einen Artikel zu dem nachfolgend beschriebenen Ereignis veröffentlicht hat. Schreiben Sie einen Zeitungsartikel über die Ereignisse aus damaliger westdeutscher Perspektive.
- Schreiben Sie aus heutiger Perspektive einen Artikel darüber, dass durch Nachforschungen jetzt bewiesen ist, dass es sich damals um eine vorgetäuschte Flucht durch die Stasi handelte.

2. Dokumente über einen versuchten „Grenzdurchbruch“

MfS-Information, 11.12.1979



(Quelle: BStU, MfS, BV Halle, AP 302/80, Band 1, Bl. 127)

Erläuterungen:

§ 213

Verbot des ungesetzlichen Grenzübertritts bzw. des Versuchs

Abteilung IX

Ermittlungsabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)

Aufgabenteil

- Beschreiben Sie mit eigenen Worten, was am 8.12.1979 geschehen ist.

2. Dokumente über einen versuchten „Grenzdurchbruch“

Maßnahmeplan der Stasi, 10.12.1979 (Blatt 1/2)

107 1-88-

Abteilung IX Halle, den 10.12.1979

Bestätigt: BStU
000115

Generalmajor

Maßnahmeplan

Es wird die Durchführung folgender Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Tode des Straftäters **Meier**, **Tom** vorgeschlagen:

- ✓ 1. Benachrichtigung der Mutter und der Schwester des **Meier** durch den zuständigen Staatsanwalt des Kreises Halle-Neustadt im Beisein des Leiters der Abteilung I A beim Bezirksstaatsanwalt Halle.
 - zunächst erst Mitteilung an die Mutter und in Abstimmung mit dieser Hinzuziehung der Schwester des Toten
- ✓ 2. Einbehaltung der Kleidungsstücke des Toten als Beweismittel.
3. Ermittlungen der OD Buna zu der Person **Meier**, **Lani** *in Form* **Rübner**
4. Abstimmung mit der OD Buna bezüglich des Einsatzes eines Betreuers (möglichst IM) für die Mutter des Toten.
5. Führen von Ermittlungen über den Vater des Toten.
6. Benachrichtigung seitens des Kreisstaatsanwaltes in entsprechender Form über den Tod des **Meier** an den Direktor, den Parteisekretär und den Klassenlehrer der **POS** in Halle-Neustadt.
 - schriftliche Belehrung, daß Stillschweigen bewahrt wird
 - es wird angegeben, daß **Meier** bei der Durchführung einer Straftat tödlich verunglückt ist
7. Erzielung einer Übereinkunft mit der Mutter des Toten, daß über Todesfall keine Anzeige in der Tagespresse veröffentlicht wird.
8. Schnellste Durchführung der Bestattung des Toten
 - organisatorische Abstimmung mit der **Lani Meier** durch Staatsanwalt des Kreises
 - Ziel: Kreis der Trauernden so klein wie möglich halten, Ausschließung der Teilnahme durch Mitschüler

(Quelle: BStU, MfS, BV Halle, AP 302/80, Band 1, Bl. 115)

Erläuterungen:

Abteilung IX

Ermittlungsabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)

IM

Inoffizieller Mitarbeiter des MfS

OD

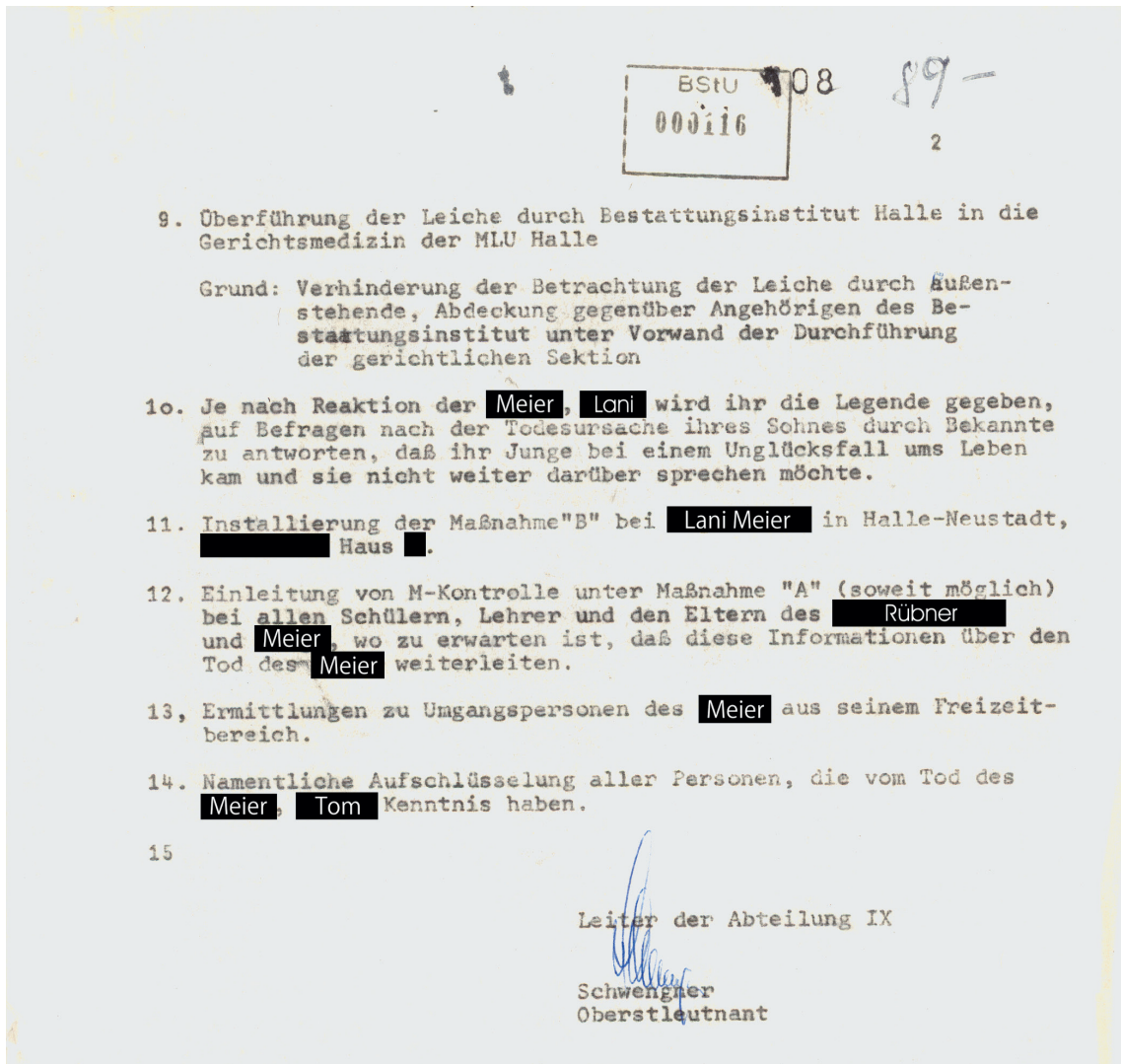
Objektdienststelle = Dienststelle des MfS in Betrieben der DDR

POS

Polytechnische Oberschule, zehnklassige Einheitsschule in der DDR

2. Dokumente über einen versuchten „Grenzdurchbruch“

Maßnahmeplan der Stasi, 10.12.1979 (Blatt 2/2)



(Quelle: BStU, MfS, BV Halle, AP 302/80, Band 1, Bl. 116)

Erläuterungen:

Legende	erfundene, aber glaubwürdig wirkende Geschichte
Maßnahme „A“	Abhören von Telefongesprächen durch das MfS
Maßnahme „B“	Raumüberwachung durch „Abhörwanzen“ durch das MfS
M-Kontrolle	Postkontrolle durch das MfS
MLU Halle	Martin Luther Universität Halle-Wittenberg

Aufgabenteil

- Wählen Sie aus den Maßnahmen vier aus, deren Methode und Zielsetzung Sie beispielhaft erörtern.
- Welchen Zweck verfolgte das MfS mit dem Maßnahmeplan?

2. Dokumente über einen versuchten „Grenzdurchbruch“

MfS-Vorkommnisuntersuchung, 17.12.1979 (Blatt 1/2)

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Magdeburg
Abteilung IX

Magdeburg, 17. Dezember 1979
fa-jä / 5512 /79A

BStU 000143

Persönlich

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit
Abteilung IX
Leiter

Halle

Vorkommnisuntersuchung am 08. Dezember 1979

Als Anlage werden entsprechend der Anforderung des Gen. ZIEGLER - HA IX/9 - namentliche Aufstellungen der Angehörigen der Grenztruppen der DDR sowie der Personen aus dem zivilen Bereich, die über das Vorkommnis Kenntnis erlangt haben, übersandt.

Alle aufgeführten Personen wurden auf Veranlassung der Abteilung IX belehrt, strengstes Stillschweigen zu wahren. Die noch ausstehenden unterschriftlichen Bestätigungen der Belehrungen werden nachgereicht.

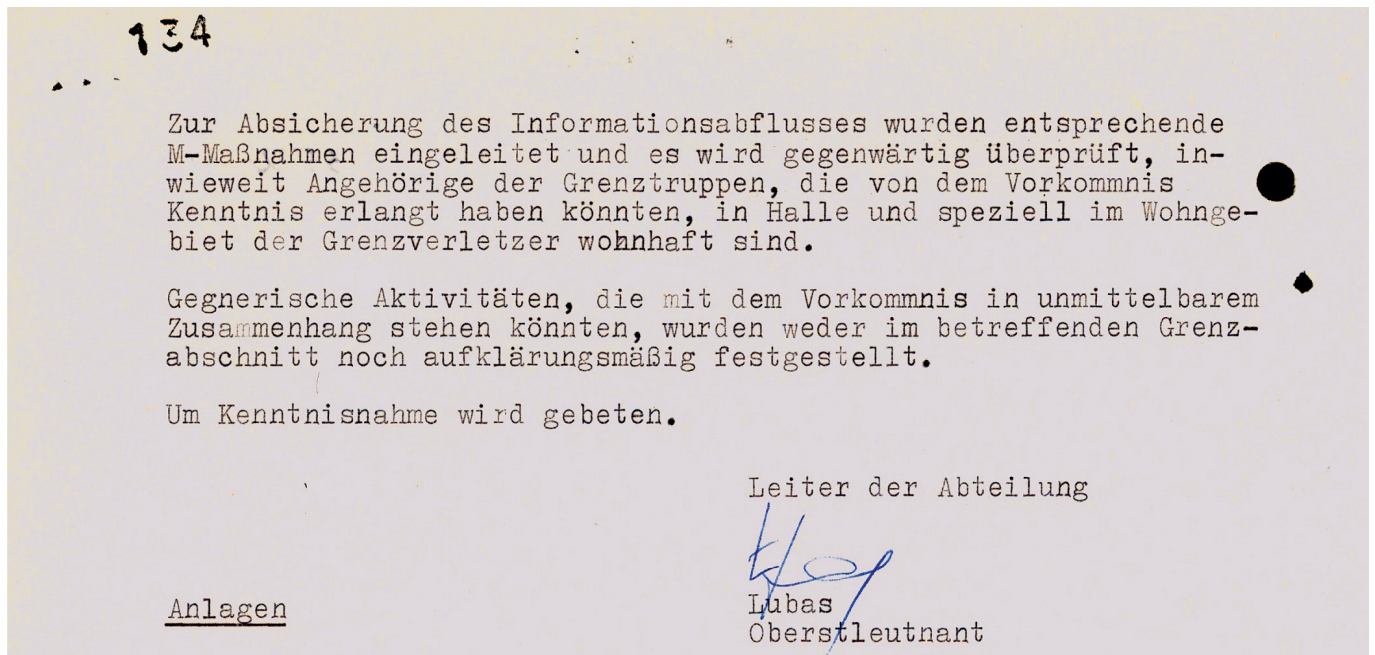
Nach Angaben des stellv. Leiters der HA I, Unterabteilung Abwehr Halberstadt, Gen. Hptm. Kirsten, wurde der gesamte Personalbestand der 7. Grenzkompanie durch den Regimentskommandeur ebenfalls einer Belehrung unterzogen. Diese ist im Belehrungsbuch der Einheit dokumentiert.

Zu den unmittelbar am Ereignis beteiligten Angehörigen der Grenztruppen, Gefr. **Therbal** und Soldat **Reim** wurden seitens der Unterabteilung Abwehr gesonderte op. Maßnahmen eingeleitet, da festgestellt werden mußte, daß sie der Schweigeverpflichtung zuwidergehandelt haben, indem sie Äußerungen gegenüber Angehörigen der Stabskompanie des Grenzregimentes über das Vorkommnis machten.

Es wird eingeschätzt, daß trotz der unverzüglich erfolgten Belehrungen und Einflußnahmen der Unterabteilung Abwehr etwa 100 Angehörige der Grenztruppen, vor allem der 7. Grenzkompanie und der Nachbareinheit Teilke nntnisse erhalten haben. Wie vom Gen. Hptm. Kirsten weiter angegeben wurde, sind auf Veranlassung und unter Kontrolle der Unterabteilung Abwehr alle das Vorkommnis betreffende schriftliche Meldungen vernichtet und die Bandaufzeichnungen gelöscht worden.

2. Dokumente über einen versuchten „Grenzdurchbruch“

MfS-Vorkommnisuntersuchung, 17.12.1979 (Blatt 2/2)



(Quelle: BStU, MfS, BV Halle, AP 302/80, Band 1, Bl. 144)

Erläuterungen:

Abteilung IX	Ermittlungsabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)
M-Maßnahme	Postkontrolle durch das MfS
HA IX/9	Ermittlungshauptabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)
HA I	Hauptabteilung der Stasi, zuständig für Abwehrarbeit bei NVA (Armee) und Grenztruppen

Aufgabenteil

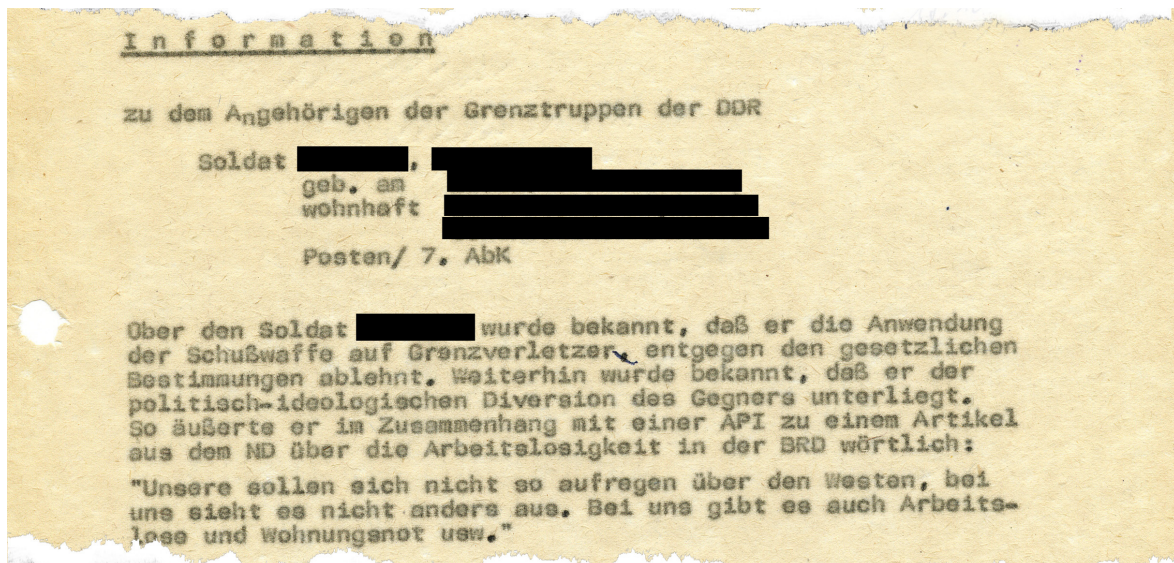
- Welche Maßnahmen leitet das MfS zur Verheimlichung des Vorfalls ein?
- Stellen Sie Vermutungen an, weshalb das Schweigegebot nicht eingehalten wurde.

Zusatzaufgaben

- Wie beurteilen Sie den Einsatz der Schusswaffen an der innerdeutschen Grenze und Berliner Mauer: Hätten die Grenzsoldaten anders auf den Fluchtversuch reagieren sollen bzw. hatten sie die Möglichkeit, anders zu reagieren?
- Im wiedervereinigten Deutschland sind „Mauerschützen“, die tödliche Treffer abgegeben haben, vor Gericht gestellt worden. Welches Urteil fänden Sie ganz persönlich angemessen?

3. Dokumente über einen Angehörigen der Grenztruppen der DDR

MfS-Information, 12.10.1984



(Quelle: BStU, MfS, HA I 5878, Bl. 30)

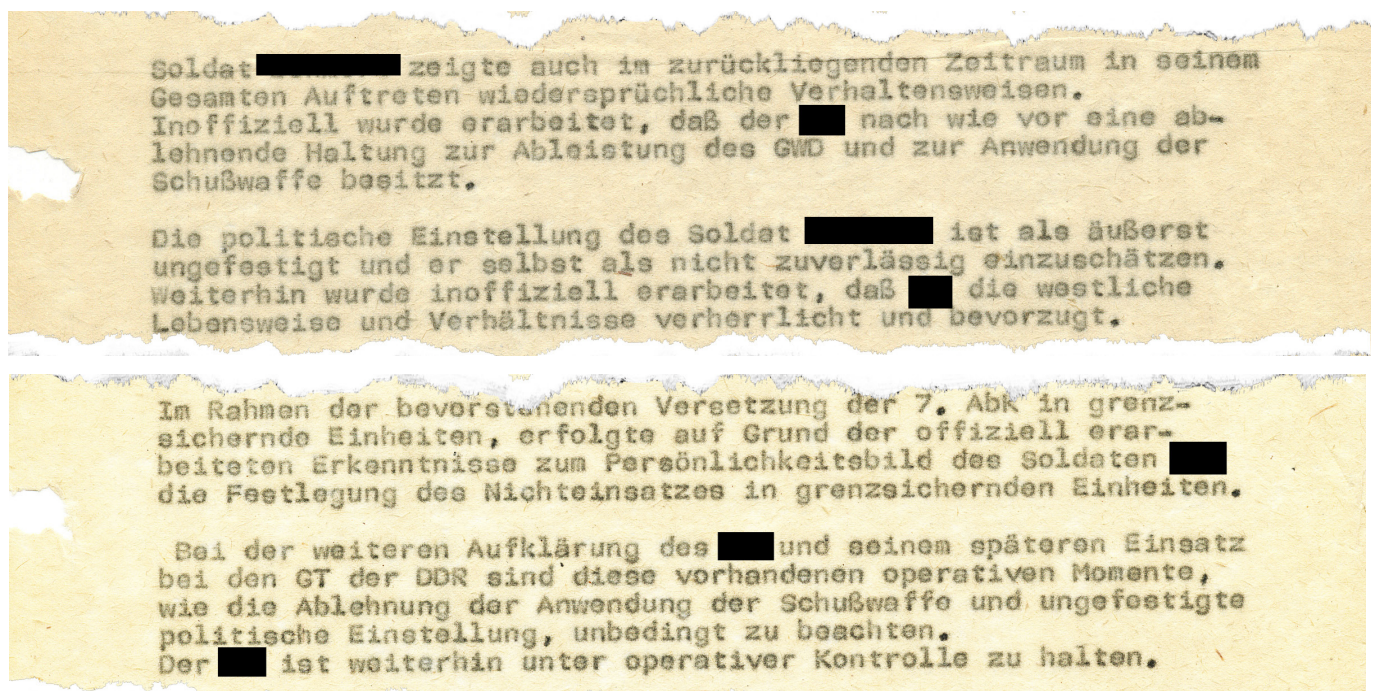
Erläuterungen:

AbK	Ausbildungskompanie
API	aktuell-politische Information (politische Schulungsveranstaltung)
ND	Neues Deutschland, Tageszeitung, Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)

Aufgabenteil

- Formulieren Sie mit eigenen Worten, was die Stasi dem Soldaten vorwirft.

Abschlussbericht der Stasi zu dem Fall, 27.11.1984



(Quelle: BStU, MfS, HA I 5878, Bl. 31)

3. Dokumente über einen Angehörigen der Grenztruppen der DDR Abschlussbericht der Stasi zu dem Fall, 27.11.1984

Erläuterungen:

AbK	Ausbildungskompanie
GT	Grenztruppen der DDR
GAR	Grenzausbildungsregiment
GWD	Grundwehrdienst
Hauptabteilung I	Abteilung des MfS für die Abwehrarbeit bei NVA (Armee) und Grenztruppen
UA	Unterabteilung

Abschlussvermerk der Stasi zu dem Fall, 22.11.1985

22.11.85/Abschlußvermerk:
B. wurde nach Ableistung seines GWD planmäßig II/85 in die Reserve versetzt. Er trat op. nicht mehr in Erscheinung. Für RWD bei den GT nicht geeignet. Unterlagen am 25.11.85 mit Tgb.-Nr. 934/85 (Ref.Stab)

(Quelle: BStU, MfS, HA I 5878, Bl. 32)

Erläuterungen:

II/85	2. Quartal 1985
GT	Grenztruppen der DDR
GWD	Grundwehrdienst
op.	„operativ“ = andauernde Tätigkeit
RWD	Rückwärtige Dienste, d.h. für Reparaturen, Transporte, Versorgung u.ä.

Aufgabenteil

- Entwerfen Sie aufgrund der vorliegenden Informationen eine Gegendarstellung, wie ein Nicht-Stasi-Mitarbeiter den Soldaten charakterisieren könnte.
- Ziehen Sie aufgrund der Einschätzungen über den Soldaten xxxx Schlussfolgerungen, welche Merkmale ein im Sinne der Stasi „geeigneter“ Grenzsoldat aufweisen sollte.

4. Gesetz über die Staatsgrenze der DDR, 1982

Über die Anwendung von Schusswaffen

Gesetz über die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. März 1982

§ 27. Anwendung von Schusswaffen. (1) Die Anwendung der Schusswaffe ist die äußerste Maßnahme der Gewaltanwendung gegenüber Personen. Die Schusswaffe darf nur in solchen Fällen angewendet werden, wenn die körperliche Einwirkung ohne oder mit Hilfsmitteln erfolglos blieb oder offensichtlich keinen Erfolg verspricht. Die Anwendung von Schusswaffen gegen Personen ist erst dann zulässig, wenn durch Waffenwirkung gegen Sachen oder Tiere der Zweck nicht erreicht wird.

(2) Die Anwendung der Schusswaffe ist gerechtfertigt, um die unmittelbar bevorstehende Ausführung oder die Fortsetzung einer Straftat zu verhindern, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen darstellt. Sie ist auch gerechtfertigt zur Ergreifung von Personen, die eines Verbrechens dringend verdächtig sind.

(3) Die Anwendung der Schusswaffe ist grundsätzlich durch Zuruf oder Abgabe eines Warnschusses anzukündigen, sofern nicht eine unmittelbar bevorstehende Gefahr nur durch die gezielte Anwendung der Schusswaffe verhindert oder beseitigt werden kann.

(4) Die Schusswaffe ist nicht anzuwenden, wenn

- a) das Leben oder die Gesundheit Unbeteiligter gefährdet werden können,
- b) die Personen dem äußeren Eindruck nach im Kindesalter sind oder
- c) das Hoheitsgebiet eines benachbarten Staates beschossen würde.

Gegen Jugendliche und weibliche Personen sind nach Möglichkeit Schusswaffen nicht anzuwenden.

(5) Bei der Anwendung der Schusswaffe ist das Leben von Personen nach Möglichkeit zu schonen. Verletzten ist unter Beachtung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen Erste Hilfe zu erweisen. [...]

§ 41. Inkrafttreten. (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 1982 in Kraft.

(Quelle: <http://www.verfassungen.de/de/ddr/staatsgrenze82.htm>, Aufruf 21.07.2014)

Aufgabenteil

- Beurteilen Sie, ob das im Gesetz vorgeschriebene Vorgehen zum Schutz einer Staatsgrenze Ihrer Meinung nach angemessen ist.